

Absturzpanik?

Die Jugend 2010 „präsentiert sich sehr erwachsen, kontrolliert und vernünftig“. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Jugendstudie des Kölner Marktforschungsinstituts Rheingold, die nicht auf den üblichen Umfragen sondern auf längeren Tiefeninterviews basiert. Dabei, so die Studie, scheine in den Lebensentwürfen der 18- bis 24-Jährigen immer eine Biedermeierwelt durch. Von der Rebellion der 68er Jahre, in denen sich die Jugend vehement gegen die Elternwelt auflehnte, sei nichts zu spüren, vielmehr suche die Jugend nach sichern Jobs, Erfolg, treuen Partnerschaften und familiärer Heimeligkeit. Von den Opfern und Verlierern der Gesellschaft werde sich dagegen distanziert, ihnen werde keine Solidarität oder Mitleid entgegen gebracht.

Dieses Verhalten, so die Autoren, sei psychologisch vor dem Hintergrund einer veränderten Lebenswirklichkeit zu erklären, die aus Sicht der Jugendlichen durch Brüchigkeit und ständige Erschütterungen geprägt sei. Die Reaktion: Wut auf die Unbeständigkeit der Welt. Aber weil kein klares Feindbild existiere, an dem sie ihre Wut auslassen könnten, richteten sich die Aggressionen zunächst gegen sich selbst. Viele der jungen Erwachsenen hätten denn auch berichtet, dass ihre Teenagerzeit von Komasaufen, Drogenexzessen, Bandenkriegen etc. geprägt gewesen sei. Mit 16 oder 17 Jahren seien sie dann plötzlich an einen Wendepunkt gelangt und habe man Angst vor dem Absturz und der Zerstörungskraft der eigenen Wut bekommen. Es sei dann ein Umschwung in Selbst-Kontrolle, Anpassung und Vernunft gefolgt.

Mehr Infos:
<http://www.rheingold-online.de>

Aktuelle Shell Jugendstudie

Etwas anders als die Studie von Rheingold schätzt die 16. Shell Jugendstudie die Grundhaltung der 12- bis 25-Jährigen ein. Die heutige junge Generation bleibe zuversichtlich. Sie lasse sich weder durch die Wirtschaftskrise noch durch die

unsicher gewordenen Berufsverläufe und -perspektiven von ihrer optimistischen Grundhaltung abbringen. Im Gegenteil, der Anteil an Optimisten sei sogar gestiegen. Aber: Die Zuversicht der Jugendlichen aus sozial schwachen Haushalten ist der Studie zufolge weiter gesunken - die Kluft zwischen den Milieus hat sich weiter verstärkt. Während fast zwei Drittel der Jugend im Allgemeinen zufrieden mit ihrem Leben sind, äußern sich Jugendliche aus unterprivilegierten Verhältnissen nur zu 40 Prozent positiv, nur 33 Prozent von ihnen blicken mit Zuversicht in die Zukunft - gegenüber 59 Prozent aller Jugendlichen.

Ähnlich wie die Rheingoldstudie konstatiert aber auch die Shell Jugendstudie, die Mitte September in Berlin vorgestellt wurde, eine Rückkehr zu traditionellen Werten. So sei die Bedeutung der Familie für Jugendliche weiter gestiegen. Von großer Wichtigkeit sei weiterhin auch der persönliche Erfolg in einer Leistungs- und Konsumgesellschaft. Entsprechend stünden Fleiß und Ehrgeiz für 60% der Jugendlichen hoch im Kurs. Jedoch auch das soziale Umfeld aus Familie, Freunden und Bekannten sowie soziales Engagement besitzen eine große Bedeutung im Leben der Jugendlichen. Der Schlüssel zu Erfolg, Zufriedenheit und Zuversicht: Bildung. Die große Abhängigkeit des schulischen Erfolg von der sozialen Herkunft in Deutschland erklärt so auch die pessimistische Grundhaltung von Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien.

Mehr Infos:
<http://www.shell.de>

Keine Perspektive ohne Ausbildung

Welche Perspektiven für junge Menschen ohne ausreichende Bildungsabschlüsse bleiben, hat die Bertelsmann-Stiftung gemeinsam mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in einer aktuellen Studie untersucht. Die Zahlen sind alarmierend: 1,43 Millionen junge Erwachsene im Alter von 25 bis 34 Jahren hatten 2007 in Westdeutschland keinen Ausbildungsabschluss. Rund zwei Drittel von ihnen besitzen höch-

stens einen Hauptschulabschluss. Die kaum vermeidbare Folge für diese Personen: Arbeitslosigkeit. Der Trend: Selbst Personen mit Realschulabschluss sind ohne Berufsabschluss in hohem Maße von Arbeitslosigkeit bedroht. Das Fehlen eines Berufsabschlusses sei ein entscheidendes Signal, an dem sich mangelnde Teilhabechancen festmachen ließen.

Die Autoren der Studie empfehlen denn auch, die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Ausbildungsabschluss deutlich zu reduzieren. Ihre Vorschläge umfassen sowohl präventive Ansätze bei der schulischen Bildung über die Unterstützung von Jugendlichen, die sich momentan beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf befinden, bis hin zu Maßnahmen für junge Erwachsene ohne Ausbildungsabschluss. Die Empfehlungen zielen letztlich für alle Personen auf solche Unterstützungen, die den individuellen Lebens- und Bildungshintergrund berücksichtigen.

Mehr Infos:
<http://www.wirksame-bildungsinvestitionen.de>

Viel Niedriglohnbeschäftigung - sinkender Lohn

Die aktuellen Forschungsergebnisse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen bestätigen, was viele schon lange vermuten: Die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnbereich steigt, ihr Anteil stagniert auf hohem Niveau und das Lohnspektrum frant nach unten aus. Diese Ergebnisse werden im aktuellen IAQ-Report „Niedriglohnbeschäftigung 2008“ von Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf näher vorgestellt. Im Mittelpunkt der Analyse stand neben der Präsentation der neuen Ergebnisse vor allem die Frage nach der Lohnverteilung und -entwicklung innerhalb des Niedriglohnssektors in Deutschland. Den Ergebnissen zufolge hat die Spreizung der Löhne nach unten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Ein beachtlicher Teil der Beschäftigten in Deutschland arbeitet für extrem niedrige Löhne

von weniger als 5 oder 6 Euro brutto pro Stunde. In den europäischen Nachbarstaaten Niederlande, Belgien, Irland, Frankreich und Luxemburg liegen die unteren Löhne aufgrund von Mindestlohnregelungen dagegen zwischen 8,41 und 9,73 Euro.

Das Problem: Die Ausdifferenzierung der Löhne nach unten wird bislang allenfalls begrenzt durch die Rechtsprechung, welche solche Löhne, die mehr als 30 Prozent unter den tariflichen bzw. ortsüblichen Löhnen liegen, als sittenwidrig einstuft. Allerdings sei das Kriterium der „Ortsüblichkeit“ ausgesprochen schwammig. Außerdem könnten nach dieser Auffassung zulässige Abweichungen von weniger als 30 Prozent nach unten ihrerseits den ortsüblichen Durchschnitt nach unten treiben, an dem künftige Abweichungen gemessen werden. Das Kriterium der Sittenwidrigkeit schütze also nicht den Arbeitsmarkt vor Abwärtsspiralen, sondern bestenfalls Einzelne vor extremen Abweichungen nach unten.

Kalinka und Weinkopf kommen vor diesem Hintergrund zu dem Schluss, dass vieles für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für alle Branchen und alle Beschäftigten spricht. Dies könne zahlreiche positive Effekte entfalten: Unter anderem würde die Kaufkraft der unteren Einkommensschichten gestärkt, Lohndumping-Konkurrenz unterbunden und die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede verringert. Die Sozialkassen schließlich könnten dadurch entlastet werden, dass die enormen Kosten für aufstockende Leistungen (ergänzende ALG II Leistungen zum Erwerbseinkommen) von derzeit knapp 11 Milliarden Euro pro Jahr reduziert würden.

Mehr Infos:
<http://www.iqa.uni-due.de>

OECD lobt deutsches System der beruflichen Bildung

Die OECD hat am 7. September ihrem jährlich erscheinenden Bericht „Bildung auf einen Blick“ vorgestellt. Der Bericht enthält insbesondere Daten und Analysen von Bildungsinvestitionen und den Erträgen der Bemühungen. Die OECD-Länder, so zeigt sich, investieren massiv in Bildung. Zwischen 1995 und 2007 sind die Bildungsausgaben um durchschnittlich 43 % gestiegen. Die OECD-Länder geben mittlerweile durchschnittlich 6,2 Prozent ihres BIP für Bildungseinrichtungen aus - jedoch mit erheblichen Unterschieden zwischen den Ländern. Die Ausgaben reichen von über 7 Prozent z.B. in Dänemark und den USA bis hin zu 4,5 Prozent in Italien. In Deutschland liegen die gesamten öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen bei 4,7 Prozent des BIP - mit in den letzten Jahren rückläufiger Tendenz. Nur Tschechien, die Slowakei und Italien liegen niedriger. Dabei sind Bildungsinvestitionen immens wichtig, betont die OECD: Nicht nur der individuelle und gesellschaftliche, sondern auch der ökonomische Nutzen, angefangen bei höheren Steuereinnahmen bis hin zu Auswirkungen auf die Gesundheitskosten, sei bemerkenswert. Besonders vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zeige sich die hohe Bedeutung von Bildung, die eine entscheidende Rolle dabei spiele, Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben zu halten.

Im Rahmen des Berichts hat die OECD erstmals eine umfassende Länderstudie des Berufsbildungssystems in Deutschland vorgenommen. Sie kommt dabei insgesamt zu einem positiven Ergebnis. Die berufliche Bildung in Deutschland, so die OECD, leiste einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt und sei ein entscheidender Faktor für die im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit. Das System verbinde Lernen im Betrieb und in der Schule, werde mit großem Engagement von den Sozialpartnern getragen und genieße in der Gesellschaft ein hohes Ansehen. Dennoch: Bei der erheblichen Zahl von Jugendlichen, die statt einer beruflichen Ausbildung an Maßnahmen im so genannten Übergangssystem teilnehmen, fehlten ausreichend Instrumente, um auf die Defizite bei Basisqualifikationen zu reagieren. Es müssten mehr Anstrengungen unternommen werden, um die Jugendlichen fit für die reguläre Ausbildung zu machen. Zudem

müsste den Leistungen in der Berufsschule mehr Bedeutung beigemessen werden, denn hier würden Kenntnisse und Fähigkeiten erlernt, die für den weiteren beruflichen Werdegang der Arbeitnehmer, ihre Fähigkeiten zur Weiterqualifizierung und ihre berufliche Flexibilität entscheidend seien.

Mehr Infos:
<http://www.oecd.org>

Angst vor Jobverlust

Eine zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität konstatiert Marcel Erlinghagen vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen im Informationsdienst Soziale Indikatoren des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften. Zum Beispiel gebe es Indizien dafür, dass es in den alten Bundesländern nicht nur unter den real von Arbeitslosigkeit Betroffenen, sondern auch unter Beschäftigten zu einem nachhaltigen Schock durch die „Hartz-Reformen“ gekommen seien könnte. Die Beschäftigungsunsicherheit ist in diesen Jahre höher ausgefallen, als sie aufgrund der realen Arbeitsmarktlage eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Der Übergang von der im Prinzip statuserhaltenden alten Arbeitslosenhilfe hin zum statusunabhängigen Arbeitslosengeld II scheine zumindest von den Beschäftigten in den alten Bundesländern als bedrohlicher Bruch wahrgenommen worden zu sein.

Auch die zunehmende Einkommensungleichheit habe zu einer größeren subjektiven Beschäftigungsunsicherheit geführt. Denn sinkende Einkommen gingen tendenziell mit einem abnehmenden finanziellen „Polster“ einher, auf das die Menschen bei Jobverlust zurückgreifen könnten. Ferner bedeute die negative Lohnentwicklung für Arbeitnehmer, dass sich die Chancen verringert haben dürften, bei Jobverlust eine vergleichsweise gut entlohnte neue Stelle zu finden. Dies könne grundsätzlich erklären, wieso sich ein Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Angst vor Arbeitsplatzverlust feststellen lasse. Die sozialen und wirtschaftlichen

Folgen der Angst vor Jobverlust seien vielfältig. Verunsicherte Belegschaften reagieren tendenziell eher mit einem Rückgang der Motivation und Leistungsbereitschaft. Der Krankenstand erhöhe sich und verunsicherte Leistungsträger verließen als erste den Betrieb und wechselten den Arbeitgeber. Dieser negative Zusammenhang zwischen betriebswirtschaftlicher Produktivität und Beschäftigungsunsicherheit sei nicht nur aufgrund der damit verbundenen volkswirtschaftlichen Schwächung problematisch, sondern auch im Hinblick auf die Belastungen der Kranken- und Rentenversicherung.

Mehr Infos:
<http://www.gesis.org>

Nichts faul im Staate Dänemark – Lebenslanges Lernen in Europa

ELLI – European Lifelong Learning Index – heißt der neue Indikator für lebenslanges Lernen, den ein internationales Expertenteam für die Bertelsmann-Stiftung entwickelt hat. Dabei handelt es sich um einen summarischen Index, d.h. ein Messinstrument, das verschiedene Indikatoren und Statistiken zusammenfasst, um einen Gesamtwert zu ermitteln. ELLI fasst 36 Indikatoren zu einem Gesamtindex und vier Teilindizes zusammen. Die Indikatoren umfassen zum Beispiel Teilnahmequoten in Einrichtungen zur allgemeinen und beruflichen Bildung, Les- und Rechtschreibfähigkeiten, Internetzugang und -nutzung etc.

Die Ergebnisse der ersten Untersuchung auf dieser Grundlage wurden Ende August vorgestellt. Dänemark, die Niederlande, Schweden und Finnland führen demnach beim lebenslangen Lernen in Europa. Diese Staaten, kommentiert die Bertelsmann-Stiftung, scheinen die Idee des lebenslangen Lernens in allen Lebensbereichen erfolgreich umgesetzt zu haben. Sie würden im Übrigen gleichzeitig auch zu denen mit der größten Lebenszufriedenheit, der größten Wettbewerbsfähigkeit und der geringsten Korruption gehören.

Deutschland kommt lt. ELLI nur auf Platz zehn und befindet sich damit nur im Mittelfeld, knapp über dem europäischen Durchschnitt. Deutliche Schwächen zeigt Deutschland vor allem bei der formalen Bildung – trotz der Fortschritte bei den PISA-Ergebnissen befindet sich Deutschland in diesem Bereich nur auf Rang 14. Am unteren Ende der ELLI-Skala finden sich vor allem die südeuropäischen Länder wie Rumänien, Bulgarien und Griechenland.

ELLI wird künftig einmal jährlich den Stand des Lernens in den verschiedenen Lebensphasen messen. Auf der Web-Plattform von ELLI sind alle Detailergebnisse abrufbar.

Mehr Infos:
<http://www.elli.org>

RKI: Gesundheitsberichterstattung 2009

Das Robert-Koch-Institut führt im Auftrag des BMG ein Gesundheitsmonitoring durch. Ziel des Monitorings ist die kontinuierliche Beobachtung von Gesundheit, Risikofaktoren und Krankheit in der Bevölkerung und die Identifizierung von Trends. Aktuell liegen jetzt „Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“ vor. Dafür wurden über 21.000 Teilnehmer aus allen Regionen telefonisch befragt. Die Befragung zeigt, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung einer guten Gesundheit erfreut. Die regionalen Unterschiede im Gesundheitszustand sind gering. Die Jüngeren sind seltener krank als vor einigen Jahren. Vor allem jüngere Menschen rauchen inzwischen seltener. Personen mit niedrigem Bildungsstatus schätzen ihre Gesundheit seltener als sehr gut oder gut ein als diejenigen mit mittlerem oder oberem Bildungsstatus. Ein Zehntel der Bevölkerung ist gesundheitlich erheblich eingeschränkt. Bei den über 65-Jährigen musste ein knappes Viertel innerhalb der letzten zwölf Monate ins Krankenhaus.

Die Daten sind im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes zu den wichtigsten Kennziffern in gestaltbaren Tabellen zu finden. Diese Tabellen können hinsichtlich der

Gliederungstiefe (Altersgruppen, Geschlecht, Bildungsstatus, Region) verändert und heruntergeladen werden. Das System umfasst mehr als 100 Datenquellen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, dem RKI und zahlreicher weiterer Institutionen aus dem Gesundheitsbereich und ist die zentrale Informationsquelle für gesundheitsbezogene Fragestellungen.

Mehr Infos:
www.gbe-bund.de

IAB: Arbeitsmarktprojektion 2011

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat seine Arbeitsmarktprojektion 2010/2011 vorgelegt. Das Nürnberger Institut zeigt, dass die Wirtschaftskrise ihre Spuren am Arbeitsmarkt weniger tief als erwartet hinterlassen hat. Anders als befürchtet, hat das umfangreiche Halten von Arbeitskräften im Krisenjahr 2009 nicht dazu geführt, dass die konjunkturelle Erholung im laufenden Jahr wirkungslos am Arbeitsmarkt vorbeigeht. So ist im ersten Halbjahr 2010 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung saisonbereinigt um 250.000 gestiegen und die Arbeitslosigkeit um 180.000 gesunken. Zur Jahresmitte 2010 bewegen sich die Arbeitsmarktgrößen ungefähr wieder auf Vorkrisenniveau. Das IAB erwartet, dass aufgrund der nachlassenden Dynamik der Auslandsnachfrage und des Auslaufens der Konjunkturprogramme die Erholung am Arbeitsmarkt abflachen werde. In einer mittleren Prognosevariante wird für das Jahr 2011 ein erneuter Anstieg der Erwerbstätigkeit um 230.000 Personen erwartet. Mit 40,63 Mio. wären dann so viele Menschen erwerbstätig wie nie zuvor im geeinten Deutschland. Für die Arbeitslosigkeit wird infolge dieser Entwicklung im Jahre 2011 ein Rückgang 280.000 prognostiziert. Im Jahresdurchschnitt wären dann 2,96 Mio. Menschen arbeitslos – die 3-Millionen-Marke wäre damit unterschritten.

Mehr Infos:
www.iab.de

Berufsmonitoring Medizinstudenten

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat Ende September 2010 die Ergebnisse des „Berufsmonitorings Medizinstudenten“ vorgestellt. In der Umfrage gaben 96 Prozent der Studierenden an, dass sie sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wünschen. Die Ergebnisse zeigen auch, „dass der Nachwuchs hoch motiviert von den Universitäten entlassen wird, aber im niedergelassenen Bereich oftmals die gewünschte Teamarbeit nicht möglich“ sei. Die Bereitschaft für eine Niederlassung als Hausarzt sei relativ gering. 38 Prozent der nächsten Medizinergeneration können sich dies vorstellen. Attraktiver sei hingegen eine Niederlassung als Facharzt. 75 Prozent der Studenten gaben an, sich das vorstellen zu können. 50 Prozent der angehenden Ärztinnen und Ärzte erklärten, dass drohende Regressforderungen von Krankenkassen die Niederlassung unattraktiv machen. Diese Zahl bestärkt die KBV, den Wegfall der Regresse weiterhin zu fordern.

Das Berufsmonitoring Medizinstudenten wurde im Sommer 2010 mit Unterstützung des Medizinischen Fakultätstages (MFT) durchgeführt. An der Befragung nahmen über 12.000 Medizinstudierende teil; 64 Prozent der Befragten waren weiblich, 36 Prozent männlich.

Mehr Infos:

<http://www.kbv.de/presse/37186.html>

Internetportal „Wegweiser Demenz“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im September 2010 ein Internetportal „Wegweiser Demenz“ freigeschaltet. Es bietet ein umfassendes Informations- und Unterstützungsangebot für Demenzkranke und ihre Angehörigen. Geboten werden Informationen zu Therapie-, Pflege- und Hilfsangeboten, zu gesetzlichen Leistungen und den Rechten und Pflichten von Demenzkranken und ihren Angehörigen. Es enthält außerdem Videomaterial mit Beispielen für den Umgang

mit der Krankheit sowie Weblog und Ratgeberforen. Eine Datenbank mit Adressen, Öffnungszeiten und Ansprechpartnern der Anlaufstellen vor Ort, z. B. von Gesundheitsämtern, Pflegekassen oder Tagespflegeeinrichtungen, rundet das Angebot ab.

Mehr Infos:

www.wegweiser-demenz.de

Fehlende Fachkräfte in der Gesundheitsversorgung

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers hat gemeinsam mit dem Darmstädter WifOR-Institut, einer Ausgründung des Lehrstuhls von Prof. Bert Rürup, die Studie „Fachkräftemangel im Gesundheitswesen“ veröffentlicht. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass bereits 2020 in Deutschland, nach Vollzeitstellen berechnet, fast 56.000 Ärzte sowie 140.000 Pflege- und andere nicht-ärztliche Fachkräfte fehlen werden. Bis 2030 droht die Personallücke in der Gesundheitsversorgung sogar auf über 950.000 Fachkräfte anzuwachsen. Dabei ist der Personalbedarf in der Altenpflege in diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt. Verantwortlich für den Fachkräftemangel ist in erster Linie der demografische Wandel.

Die Autoren der Studie fordern von der Politik ein energisches Gegensteuern, um den drohenden Fachkräftemangel zu verhindern. So müssten Personalressourcen aus überversorgten Regionen in unterversorgte verlagert werden. Weiterhin müsse die Politik den Wettbewerb zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen begleiten und die Etablierung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) fördern. Um den drohenden Kollaps des Gesundheitswesens abzuwenden, sei eine konzertierte Aktion aller genannten Akteure und Interessengruppen dringend notwendig, so die Autoren.

Für die Studie hat WifOR im Auftrag von PwC mehr als 20 Millionen Datensätze zu Arbeitsmarkt, Altersstruktur und Ausbildungsentwicklung der ärztlichen und nicht-ärztlichen Fachkräfte im Gesundheitswesen

analysiert und bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben.

Mehr Infos:

<http://www.presseportal.de/pm/8664/>

Viele Jugendliche bleiben außen vor

Einerseits steigt die Zahl der Ausbildungsplätze, während gleichzeitig die Zahl der Bewerber sinkt. Andererseits bleiben mehrere Hunderttausend Jugendliche von dieser Entwicklung unberührt. Ihnen gelingt der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung nur mit großen zeitlichen Verzögerungen, sie bleiben zu lange in den Maßnahmen des Übergangssystems. Hierin befinden sich derzeit rd. 400.000 Jugendliche mit Kosten von mehr als 4 Mrd. Euro jährlich. Einer im Oktober veröffentlichten Studie des Instituts für Wirtschaftspädagogik (IWP) an der Universität St. Gallen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zufolge löst auch die demografische Entwicklung dieses Problem in den kommenden Jahren nicht. Zwar werden die Unternehmen unter dem demografischen Druck zunehmend Schwierigkeiten haben, Fachkräfte zu rekrutieren, sie haben jedoch Optionen, die es ihnen ermöglichen, ihre Ausbildungsanstrengungen nicht wesentlich zu intensivieren: die Rekrutierung von arbeitslosen, ausländischen oder bislang nicht erwerbstätigen Fachkräften, die Besetzung von Facharbeitsplätzen durch Personal aus angrenzenden Qualifikationssegmenten, Weiterbildung der Stammbesetzung oder Anpassungen über die Arbeitszeit. Notwendig, so der Autor Dieter Euler, sei jedoch die Ausschöpfung von Begabtenpotenzialen im Übergangssystem. Eine Neuausrichtung der Maßnahmen mit dem Ziel eines schnelleren Abschlusses in einem anerkannten Ausbildungsberuf sei eine zentrale Reform in öffentlicher Verantwortung. Ohne die Einleitung von geeigneten Maßnahmen werde das Übergangssystem bis 2025 im Umfang zwar abnehmen, jedoch immer noch ca. 240.000 Jugendliche mit einem erheblichen Ressourcenaufwand versorgen.

Mehr Infos:

www.bertelsmann-stiftung.de